bekanntem belastenden Umstände über Tat und Täter bzw. Tat oder Täter nicht durch gleichfalls bekannte entlastende Umstände ausgeschlossen werden. Mehr noch, man wird im Interesse der Rechtssicherheit fordern müssen, daß keine objektiven Umstände zu ernsthaften Zweifeln an dem Vorliegen der den dringenden Tatverdacht begründenden Tatsachen Anlaß geben. Allerdings ist dabei zu beachten, daß nur solche Zweifel erheblich sind, die in dem festgestellten objektiven Geschehen ihre Rechtfertigung finden. Zweifel, die nur auf gedanklicher Konstruktion beruhen, sind unerheblich.⁶¹

B.

Fluchtverdacht im Sinne des Gesetzes ist begründet, wenn Tatsachen bekannt sind, die darauf schließen lassen, daß sich der Beschuldigte seiner Verantwortlichkeit dadurch entziehen will, daß er sich verbirgt oder versucht, das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu verlassen. Es ist also nicht erforderlich, daß der Beschuldigte bereits geflohen ist, sondern es genügt die begründete Befürchtung, daß er sich der Strafverfolgung entziehen wird. Diese Befürchtung ist z. B. dann gerechtfertigt, wenn den Organen der Strafrechtspflege eine Äußerung des Beschuldigten zur Kenntnis gelangt, daß er rechtzeitig verschwinden werde; sie ist gegeben, wenn der Beschuldigte plötzlich eine „größere Reise“ antreten will usw. Solche Tatsachen genügen, um den Fluchtverdacht zu begründen. Liegen sie vor und ist der Beschuldigte dringend verdächtig, ein Verbrechen begangen zu haben, ist Haftbefehl zu erlassen, sofern dies für die Durchführung des Strafverfahrens notwendig ist (§ 5 StPO).

Von dem Grundsatz, daß der Fluchtverdacht in der Regel durch solche wie oben genannten oder ähnliche Tatsachen zu begründen ist, macht das Gesetz in den Fällen des § 141 Abs. 3 StPO eine Ausnahme. Es nennt Umstände, die es erlauben, auf eine weitere Begründung des Fluchtverdacht zu verzichten. Das ist der Fall, wenn das Verbrechen, das den Gegenstand der Untersuchung bildet, mit einer Freiheitsentziehung von mehr als zwei Jahren bedroht ist, wenn sich der Beschuldigte über seine Person nicht ausweisen kann oder wenn der Beschuldigte ein Ausländer oder Staatenloser ist und eine nicht unerhebliche Strafe zu erwarten ist. In diesen Fällen ist eine weitere Begründung des Fluchtverdacht deshalb nicht erforderlich, weil die

61. vgl. Urteil des OG vom 15. 6. 1956, NJ, 1956, S. 477.